

Antrag

des Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

Drei Jahre Beirat Zukunft Handel/Innenstadt – Ergebnisse, Bilanz, offene Punkte

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. was nach ziemlich genau drei Jahren die wichtigsten Ergebnisse des Beirats Zukunft Handel/Innenstadt sind, wenn man das Gutachten „Aufarbeitung von Hemmnissen für die Umsetzung multifunktionaler Innenstädte/Ortszentren sowie von Verbesserungspotenzialen und Lösungsansätzen im Rahmen von Entwicklungsprozessen bei den Kommunen“ sowie den dazugehörigen Kongress einmal außen vorlässt;
2. welche konkreten Aktivitäten in Form von
 - a) Einbringung von Gesetzesentwürfen in den Landtag,
 - b) Änderungen von Verordnungen oder Verwaltungsvorschriften,
 - c) Einwirkungen auf die Bundesebene, insbesondere durch Bundesratsinitiativen,
 - d) sonstigen exekutiven Umsetzungen (z. B. neue Förderprogramme, neue Angebote)direkt auf Diskussionen, Impulse und Beschlüsse des Beirats Zukunft Handel/Innenstadt zurückgehen;
3. welche Rolle (bitte mit Angaben zu Ergebnissen und Beschlüssen) die Themen
 - a) Kriminalität, insbesondere Ladendiebstahl sowie öffentliche Sicherheit in den Innenstädten,
 - b) Sauberkeit und Ordnung in den Innenstädten,
 - c) Erreichbarkeit der Innenstädte, insbesondere durch den motorisierten Individualverkehr,
 - d) zusätzliche Belastungen der Innenstädte und ihrer Akteure, bspw. durch kommunale Verpackungssteuern oder lokale Bettensteuern,in den Beratungen des Beirats Zukunft Handel/Innenstadt gespielt haben;
4. welche Themen und Fragestellungen im Beirat Zukunft Handel/Innenstadt offen (verstanden in dem Sinne, dass sie angesprochen/als zu erörternde Punkte genannt wurden, aber nicht oder ohne Ergebnis/Abschluss im Beirat besprochen wurden) geblieben sind;
5. was die jeweiligen Gründe für die nicht abschließende Behandlung war (bspw. fehlende Zuständigkeit der beteiligten Ministerien, fehlende Einigkeit innerhalb des Beirats, fehlende Zeit, etc.);
6. inwiefern die fehlende Einbindung weiterer Ministerien (bspw. Innenministerium oder Justizministerium für den Themenbereich Kriminalität und Rechtsverfolgung oder Verkehrsministerium für eben das Thema Verkehr) die Arbeit des Beirats positiv oder negativ beeinflusst haben;
7. wieso es keinen formellen Abschlussbericht mit Ergebnissen, Beschlüssen, Handlungsempfehlungen und von den jeweiligen Akteuren zu erledigenden Aufgaben des Beirats Zukunft Handel/Innenstadt gibt;
8. wie oft der Beirat Zukunft Handel/Innenstadt seit seiner Einrichtung im Dezember 2022 getagt hat (bitte ggf. mit Informationen zu einzelnen [Unter-]Arbeitsgruppen, deren Zusammensetzung, Themen und Tagungshäufigkeit);

9. welche Kosten und Aufwände (inklusive Arbeitsaufwand der beteiligten Mitarbeiter der Landesregierung) für die Studie (vgl. Ziffer 1), für den dazugehörigen Kongress, für weitere Maßnahmen im Rahmen der Beiratsarbeit und für den Beirat selbst entstanden sind;
10. inwiefern sie glaubt, dass die schwierige Entwicklung der Innenstädte und des stationären Einzelhandels durch die Arbeit des Beirats Zukunft Handel/Innenstadt wirklich verändert werden kann oder ob dessen Arbeit letztendlich keinen Unterschied macht, weil die wesentlichen Stellschrauben woanders liegen;
11. ob sie es nicht als ungünstiges Zeichen versteht, dass der Beirat Zukunft Handel/Innenstadt seine Arbeit nun eingestellt hat und damit suggeriert wird, dass a) alles Wichtige oder gar Notwendige zum Thema Handel/Innenstadt nun gesagt wurde und Lösungen bereits auf dem Tisch liegen, b) die Landesregierung damit ihre Arbeit eher einstellt, und das rund sechs Monate bevor sich wohl eine neue Landesregierung konstituieren und ihre Arbeit aufnehmen wird und c) die Zukunft von Einzelhandel und Innenstädte im nun richtig startenden Wahlkampf keine Rolle spielen;
12. welche offenen Punkte und Themen aus der Beiratsarbeit bzw. Pläne für eine kommende Landesregierung existieren, die in der neuen Legislaturperiode zu verfolgen sind;
13. inwiefern sie allgemein Arbeitsgremien – also nicht nur beim Beirat Zukunft Handel/Innenstadt – mit 15 oder auch 20 Mitgliedern für effektiv hält, um sachlich arbeiten zu können, und nicht nur Schauveranstaltungen durchzuführen.

9.12.2025

Dr. Schweickert, Bonath, Fischer, Haag, Haußmann, Dr. Jung, Karrais, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Die FDP-Landtagsfraktion hat im November 2022 ein Positionspapier „Zukunft für Innenstadt und Einzelhandel“ veröffentlicht. Dort werden 20 Handlungsfelder und konkrete politische Maßnahmen skizziert. Unter anderem wird die Vernetzung der Innenstadtakteure gefordert, die Entwicklung von Innenstädten als multifunktionale Zentren skizziert sowie gezielte Unterstützungsmaßnahmen beschrieben.

Kurz nach Veröffentlichung der Positionen hat die Landesregierung ihren Beirat Zukunft Handel/Innenstadt eingerichtet. Drei Jahre später hat dieser seine Arbeit nun beendet. Vor diesem Hintergrund möchten die Antragsteller gerne die Ergebnisse der Beiratsarbeit erfahren. Von besonderem Interesse ist dabei, inwiefern neue Lösungen und Maßnahmen entwickelt wurden, die sich noch nicht vorher in der politischen Diskussion befunden haben und tatsächlich Neuland betreten wurde.